

Ertragbares Übel

In gegen 80 Prozent der rund 2350 Schweizer Gemeinden wird an einer Gemeindeversammlung über die Geschicke der Gemeinden entschieden. Praktisch allen Gemeindeversammlungen ist gemein, dass sie von nur sehr wenigen Leuten besucht werden. So entscheiden nicht selten ein paar wenige Prozent der Stimmberechtigten über zentrale politische Fragen. Die durchschnittliche Beteiligung schweizweit lag 2009 bei knapp zehn Prozent. Die Entwicklung zeigt dabei kontinuierlich nach unten. Da stellt sich die Frage, ob solche Entscheidungen überhaupt noch demokratisch sind?

Sicher ist es nicht gerade glück-

lich, wenn wichtige politische Entscheidungen nur von wenigen Leuten gefällt werden. Der Versammlungsbesuch kann jedoch nicht zur Pflicht gemacht werden. Er ist relativ aufwendig und setzt voraus, dass man sich mit den anstehenden politischen Fragen beschäftigt. Die Abwesenden delegieren die Entscheidungen an diejenigen, die diese Mühe auf sich nehmen. Entsprechend müssen sie auch bereit sein, das Ergebnis zu akzeptieren.

Allerdings kann es vorkommen, dass in Versammlungen Entscheidungen von grosser Tragweite anstehen, zu denen sich möglichst viele Leute äussern sollten. Oder es wird ganz spezifisch auf die Gemeindeversammlung hin mobilisiert, so dass der Entscheid kaum eine Mehrheit in der ganzen Gemeinde finden würde.

Zahlreiche Gemeinden sehen hier pragmatische Lösungen vor. Beispielsweise kann aus der Gemeindeversammlung heraus ein Geschäft an die Urne verlegt oder gegen einen Entscheid der Gemeindeversammlung kann nachträglich ein Referendum ergriffen werden. Damit wird garantiert, dass in wichtigen Fragen im Interesse der Gemeinde entschieden wird. Wichtig ist, dass diese zusätzlichen Möglichkeiten nicht als Schwäche, sondern als sinnvolle Ergänzung des Versammlungssystems betrachtet werden.

Nur, wenn es immer wieder zu solchen Verlagerungen der Entscheidung kommt, muss man sich in kleineren Gemeinden ernsthaft Gedanken über eine andere Lösung machen. Die Gemeindeversammlung bleibt ein attraktives, direktes und relativ einfaches

Mittel der politischen Entscheidungsfindung. Man wird sich damit abfinden müssen, dass nur ein kleiner Teil der Stimmberechtigten teilnimmt. Mit den entsprechenden Sicherungen versehen, ist das ein ertragbares Übel.



Andreas Ladner

Andreas Ladner ist Politologe und Professor am Institut für öffentliche Verwaltung IDHEAP an der Universität Lausanne.

In dieser Rubrik erhalten Persönlichkeiten aus der Region eine Plattform: Hier können sie auf Anfrage der Redaktion pointiert Stellung nehmen; ihre Meinung braucht sich nicht mit jener der Redaktion zu decken.